INFORMATIONS- UND NACHRICHTEN BÜRO HA5040
Bureau d'information et de renseignement 5040 Schöftland/AG
Tis Hagmann, Schreib-, Hand- und Mundwerker
(erscheint in der Regel wöchentlich) Ausgabe 05.Nov. 2026
tis.hagmann@bluemail.ch





Wochenbericht KW 45/2026

CH. Zum RUAG-Skandal

Im Untersuchungsbericht spricht man von 60 Mio. *Schaden* zu Lasten der RUAG. Also dem Steuerzahler! Wir sprechen hingegen von *Deliktssumme!* Das volle Programm an krimineller Energie ist zu Tage gekommen. Dabei konnte man es erahnen, dass es um eine Deliktssumme in Millionenhöhe ging. Nämlich um illegale Transaktionen, Betrug, Unterschlagung und Umgehung von Gesetzen im grossen Stil. Es dauerte volle 3 Jahre bis der Abschlussbericht (endlich) vorlag! 3 volle Jahre hatten die Kriminellen (allesamt in Kaderpositionen!) Zeit, die krummen «Geschäfte» zu vertuschen, Akten zu vernichten und zur Seite zu schaffen.
Die Politiker sind **«besorgt»** - zu mehr Kommentar reicht es nicht. Sie sind immer besorgt. Schliesslich ruft der nächste Apéro. Einige Politiker sind sogar **«sprachlos».** Das sind sie immer dann, wenn wieder eine faule Sache auffliegt, in der sie ev. Verantwortung zu tragen haben/hätten. **Die Krönung bildet der ahnungslose BR Pfister**. Er ist **«erschüttert».** Und dann? Er will eine «Arbeitsgruppe» einsetzen. Immer dann, wenn er durchgreifen müsste, setzt er eine Arbeitsgruppe ein. Dann kann er zurücklehnen. Von Führung keine Spur.
Wir wissen jetzt schon, wie das abläuft: zuerst wird über die Zusammensetzung endlos diskutieren. Schliesslich sind ja nächstes Jahr Wahlen. Dann muss der «dicke Wälzer», genannt «Abschlussbericht», studiert werden, um dann ev. zu entscheiden, dass man das Ergebnis der **Strafuntersuchung** abwartet. Das dauert exakt bis am Montag nach den Wahlen 2027… Dann ist das vierte Jahr vorbei. Dann wartet das Parlament auf die Strafuntersuchung und allenfalls auf einen Gerichtstermin. Dieser wird solange hinausgezögert, dass die Verjährung eintreten wird. **Aus! Verantwortung trägt niemand**! Das Geld ist verloren. Die offiziell genannten **10 Täter** laufen frei herum und geniessen den gestohlenen Reichtum! Es dürften noch mehr sein. Aber von einem Haftbefehl oder Einvernahme ist nichts zu hören im Tal der Sorglosen. Sicher werden dann die «Protagonisten» zu den Siegesparaden in Kiev eingeladen…
Wie war das mit **Sofortmassnahmen wie** Freistellung, U-Haft, Vermögenskonfiszierung, Bankkonten sperren, Führungsspitze entlassen usw.? Nichts. **Keine Krähe hackt am Stuhlbein eines Parteigenossen.** Und die Verantwortung der beteiligten **Verwaltungsräte?** Bis jetzt keine Konsequenzen, sie sitzen weiter im **«Cremium» und «verwalten».** Schliesslich sind sie mit National- und Ständeräten eng verbandelt oder gar verwandt. **Verantwortung der Bundesaufsicht**? Auch nichts, sonst würden ja noch Parlamentarier zur Rechenschaft gezogen. Aber soweit lässt man es nicht kommen, in der Alpenrepublik Korruptistan.
Soweit man zurückschaut in den letzten 25 Jahren: **es gab keine Beschaffung durch die RUAG, die ordentlich ablief!** Einige Beispiele: DURO und das völlig missglückte Retrofit-Programm, F35, Patriot, Iveco-LKW, Fahrräder, neue Pistole, Solarzellen(!), Elektromotoren usw. usw. Die Liste ist schier endlos. Weil es an Fachleuten mangelt. Weil diese davonlaufen. Insider berichten, dass sich die Akademisierung mächtig auswirkt.
Die erste Sofortmassnahme (gehört, Herr ex-Oberst Pfister) ist: alle Beschaffungen per sofort stoppen und Ordnung schaffen, die Verantwortlichen entlassen und durch Fähige ersetzen. Das steht schon im **Massnahmenkatalog «Fischer/Grätzer», bald 7 Jahre her!** Abschliessend: da soll uns noch jemand aus dem Pentagon erklären, dass der MND von Nichts wusste! Derartige «Geschäfte» (über mehrere Grenzen hinweg!) können nur abgewickelt werden, wenn der **ND Kenntnis hat oder involviert ist.** Ein «anderes» Resultat bei den Abstimmungen im November zeichnet sich am Horizont ab. **Der Steuerzahler hat genug.**

CH. Die FDA genehmigt neue mRNA-COVID-Impfstoffe von Pfizer und Moderna, obwohl Daten an nur 8–10 Mäusen gewonnen wurden

Die **FDA** hat die neuen, an XFG angepassten **mRNA-Impfstoffe** von **Pfizer und Moderna** für 2026–2027 **zugelassen**, ***obwohl die vorgelegten Daten nur aus Tierversuchen mit 8–10 Mäusen pro Gruppe stammten.*** **Humanstudien** zur Sicherheit und Immunogenität hatten zum Zulassungszeitpunkt (27. August) **noch nicht begonnen** – bei Pfizer startet die Studie erst am 31. August, bei Moderna erst am 16. November. Pfizers Impfstoff ist nun für **Personen ab 65** sowie **Risikogruppen ab 5 Jahren** zugelassen, Moderna's Präparat für **Risikokinder ab 6 Monaten**. Zudem befreite die FDA beide Hersteller von zuvor geforderten placebokontrollierten Nachmarktstudien und stützte sich stattdessen auf Daten früherer Impfstoffformulierungen. Dies ist äusserst beunruhigend und muss **unverzüglich rückgängig** gemacht werden. Die Vergiftungskampagne «is ongoing»!
https://uncutnews.ch/eilmeldung-die-fda-genehmigt-neue-mrna-covid-impfstoffe-von-pfizer-und-moderna-auf-grundlage-von-daten-die-an-nur-8-10-maeusen-gewonnen-wurden/

CH. Einige Politiker sind wach geworden

Eine erfreuliche Nachricht: Der Regierungsrat des **Kantons Schaffhausen** hat das umstrittene Impfobligatorium und die damit verbundene Strafbestimmung aus dem Entwurf des neuen Gesundheitsgesetzes gestrichen. **St. Gallen** hat ebenfalls auf die irren Strafbestimmungen verzichtet. Nur **Zürich** steht mit dem Entscheid noch aus: **«Impfli-Wipfli»** will bekanntlich irrsinnige Strafgelder durchboxen. Und jetzt soll diese Corona-Herrin noch weiter nach oben geblasen werden?!?! Wer die Corona-Aufarbeitung verweigert, wird nicht gewählt! So einfach ist das. Gilt auch im Aargau.



D. Die offensichtliche Militarisierung Deutschlands

Eine für Anfang November angekündigte **Tagung des Bistums Regensburg** sorgt für kräftigen Ärger. Die Tagung ist als Friedensveranstaltung deklariert. Es sind allerdings auffallend viele Militärs und Befürworter der Kriegsvorbereitungen unter den Teilnehmern. Kritiker der deutschen Aufrüstung sucht man auf der Gästeliste vergebens. Dafür ist der oberste Soldat der Bundeswehr, **Generalinspekteur Carsten Breuer, als Redner für den Festvortrag geladen.** Er ist schon als «Corona-Impfgeneral» negativ aufgefallen. Laut Vorankündigung wird er noch etwas die Kriegstrommel rühren. Wir reden von einer *Friedensveranstaltung…*

D. Das ist er, Stephan Kramer, Chef des Verfassungschutzes von Thüringen, «General Kramer»

Im Raum steht die Frage, ob die Einstufung der Thüringer AfD unter Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer Ergebnis einer neutralen rechtsstaatlichen Prüfung war – oder ob das politische Ergebnis frühzeitig feststand. **Wer Regenbogenflagge und Regenbogenregime scharf kritisiert, begeht deshalb noch lange keine Volksverhetzung.** Diese eigentlich selbstverständliche Unterscheidung musste das Landgericht Braunschweig gegenüber der **Staatsanwaltschaft Göttingen** treffen. Die AfD-Landtagsabgeordnete Vanessa Behrendt verbucht damit einen wichtigen Erfolg für die Meinungsfreiheit. ***Damit kann mit Fug und Recht die Staatsanwaltschaft als Gestapo bezeichnet werden.*** Die Staatsanwaltschaft Göttingen hatte gegen die niedersächsische AfD-Abgeordnete Vanessa Behrendt Anklage erhoben. Zu den Vorwürfen gehörten Volksverhetzung und Beleidigung. Weil sie die Regierung als «Regenbogenregime» bezeichnete. Doch das Landgericht Braunschweig folgte der Staatsanwaltschaft in entscheidenden Punkten nicht. **Fazit: Witz, Kritik und Satire sind in den Augen der Gestapo längstens «verfolgungswürdig».** Der Tag wird kommen, wo die Exponenten aus dem Stall gejagt werden.

Lesen wir noch etwas zu **Kramer's Vergangenheit**: ein linker ex-Politiker und Mitglied bei der SPD, dann bei der CDU, ein Windfahnen-Chef, der alle kritisch denken Bürger beobachten liess. Ein erklärter Gegner und Verleumder von Thilo Sarazin. Und: **aktiver Stiftungsrat in**

der Amadeo-Stiftung… keine Fragen mehr. Wer ist jetzt da volksfeindlich? Dann hoffen wir auf die Wahlen... Es könnte sein, dass er sehr schnell seinen Abhörraum räumen muss…

D. Sie haben wahrlich keine anderen Probleme (drüben, im grossen Kanton)

Baden-Württemberg baut als erstes deutsches Bundesland eine direkte Sicherheits- und **Geheimdienstkooperation mit der Ukraine** auf! Ja, Sie haben richtig gelesen. Als ob das die erste Priorität wäre und überhaupt zu den Aufgaben eines Bundeslandes gehört! **Innenminister Manuel Hagel (CDU) vereinbarte in Kiew** einen direkten Informationsaustausch über Spionage, Cyberkriminalität und Drohnenangriffe. Aha, der Innenminister hat also Zeit ins Zentrum der Korruption zu reisen! Mit der **ukrainischen Nationalpolizei wurde eine Vereinbarung zur gemeinsamen Ausbildung unterzeichnet**. Also Gauner und Verbrecher werden als Ausbildner herangezogen. Ukrainische Drohneneinheiten sollen Einsatzkräfte in Baden-Württemberg schulen, während deutsche Spezialkräfte auch in der Ukraine trainieren werden. Mit der Umsetzung soll sofort begonnen werden.

Hagel besuchte den Standort, an dem ukrainische Experten Drohnenangriffe simulieren. Künftig werden dort Mitarbeiter der baden-württembergischen Polizei trainieren. Dabei bezeichnete der Minister die Vereinbarung als "wichtigen Meilenstein im Kampf gegen hybride Bedrohungen seitens Russlands". Einfacher: Panikmache. Und von der gemeinsamen Bekämpfung der Ukri-Mafia, vor allem deren Waffenhandel, kein Wort! Dass die dt. Behörden ausspionniert werden, ist so sicher wie das Amen in der Kirche! Jetzt wäre noch (wenigstes) ein Beweis für die angeblichen «hybriden Gefahren» durch Russland fällig. Da ist öffentlich nichts bekannt, aber die ukrainischen Geheimdienste sind seit Jahren terroristisch aktiv, wozu sich ukrainische Beamte auch mehrmals öffentlich bekannten.

Nicht vergessen: wir sind Grenznachbarn. Aufgrund des Nachrichtenaustausches und der Möglichkeit, dass die Staatsschutzkräfte über die Grenzen hinweg zum Einsatz kommen können, trifft das möglicherweise jeden «kritischen» Bürger der Schweiz. Zum Beispiel bei der Einreise nach Deutschland… die Schlapphüte dürften dann erst recht Jagd auf selbständig denkende Bürger machen. Auch für diese Dummheit wird Deutschland sehr teuer bezahlen.



Der Paniker Manuel Hagel. Ungedient, von Sicherheit keine Ahnung. Man beachte Mimik und Gestik bei seinen Auftritten. Das sagt alles…



Die Grössenverhältnisse Iran im Vergleich Europa. Was Diskutieren wir da noch…

NATO. US-Qualität überzeugt nicht

Diesmal sind es die Schuhe bzw. die Kampfstiefel der Soldaten. Die Schuhe von US-amerikanischen Marineinfanteristen sind während den Übungen in Norwegen zerfallen. Die Zeitschrift ***Newsweek*** berichtet am 17. September unter Verweis auf eine Quelle beim Pentagon und militärische Dokumente, während der NATO-Übung Cold Response 2026 im Frühjahr seien Schuhe im Frost auseinandergefallen.



Hier sieht man US-Marines auf einem Marsch in Norwegen. In «perfekter Tarnung»…

Die Manöver sollten den Anspruch der NATO auf die Arktis untermauern, endete allerdings teilweise blamabel. *Newsweek* berichtet:
«Zuerst entdeckten die Marines klaffende Löcher im Leder ihrer oft fabrikneuen Schuhe. Später öffneten sich Lücken in den Sohlen der Schuhe, eiskaltes Wasser drang herein, während sie mit ihren Rucksäcken wanderten oder Ski fuhren.»
Einfacher: Leim, Nähte und Gerbung hielten den kalten Temperaturen nicht stand und wurden brüchig. Wenn dann noch die Pflegelaunig ist, ist das Malheur passiert. Die «schuhlosen» Soldaten erhielten teilweise Ersatzschuhe vom norwegischen Militär. Andere kauften lokal ein. Fazit: mangelnde Qualität, miserable Logistik und Missachtung des Grundsatzes, dass Truppen «für diese Umstände und Bedingungen ausgerüstet sein müssen». Ergänzung: die russischen Schuhe halten das aus… Eine weitere Inspektion machte defekte Schuhe auch an anderen Stützpunkten der US-Marineinfanteristen aus, darunter auf Hawaii und Okinawa. Von den 4.423 inspizierten Schuhen des Herstellers **Belleville**, der das US-Militär seit dem Ersten Weltkrieg beliefert, wiesen 538 Produktionsmängel auf. Dies entspricht einer Defektrate von gut 12 Prozent bei einer Industrienorm von zwei bis drei Prozent. Und: Bonneville hat (Stand September) keine Kampfstiefel für arktische Verhältnisse im Sortiment… **Die Italiener hatten genau diese Probleme an der Ostfront 1942, nichts gelernt.** Wir kaufen weiterhin bei den good friends good quality für good price…, **auch nichts gelernt!**

Ru. Gasfeld in der Republik Donbas

Etwas Geschichte für die Ukraine-Fan's und diejenigen, die sich weigern, russisches Öl und Gas zu importieren. Russland hat das grösste Gasfeld der Ukraine übernommen. Im Jahr 2010 wurde im **Donbas das Gasfeld Jusiwska** entdeckt; es enthält genügend Energiereserven, um den gesamten europäischen Kontinent 60 Jahre lang zu versorgen. Obama drängte den damaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch dazu, US-Konzernen die exklusive Erschliessung des Feldes zu überlassen, doch dies wurde abgelehnt. Daraufhin initiierte die CIA einen Umsturz der ukrainischen Regierung und etablierte 2014 einen Stellvertreterstaat. Der Rest ist Geschichte. Dieses Gebiet wird vollständig an Russland fallen, und sämtliche Rechte, die sich im Besitz des britisch-niederländischen Konzerns **Shell** oder des kanadischen Unternehmens **Yuzgaz** befanden, werden erlöschen. Nebenbei: der Liter Diesel kostet in Russland (Stand Ende September) 90 Cent.

CH/EU/Belarus. Die Grenze der politischen Demenz ist längst überschritten

Der Bundesrat hat am 18. September 2026 weitere Sanktionsmassnahmen **gegen Belarus** erlassen. Was hat uns denn Belarus angetan?! Bereits am 22. Mai hat der BR gegen 2 (zwei!) Unternehmungen Sanktionen ergriffen und ergänzt diese nun per 19. September. Es sind die gleichen Massnahmen übernommen worden, wie die EU vorgegeben hat. Wiederum ist der Handel betroffen, dann der Finanzbereich insbesondere im Kryptobereich. Die Erbringung verwalteter Sicherheitsdienste für die Republik Belarus, ihrer öffentlichen Stellen und Unternehmen ist untersagt. Und jetzt festhalten am Reisepass: **Dienstleistungen im Zusammenhang mit touristischen Aktivitäten sind verboten.** Einfacher: die Reisebüros dürfen keine Reisen mehr anbieten. Nebenbei: jedermann kann mit einem Touristenvisum jederzeit in Belarus einreisen. Gleichzeitig hat der BR tatsächlich die irre Idee, «Massnahmen

einzuleiten, um bestimmte Forderungen gegenüber Belarus gerichtlich einzufordern». Dämlicher und dümmlicher geht es nicht mehr.

CH. Es gibt jetzt ein «Kommando Gendarmerie» in der Armee

Die bisherigen Berufsformationen «Einsatzkommando Militärpolizei» und «Einsatzkommando Militärpolizei *Sicherheitsdienst» werden per 1.1.2027* zum neuen Kommando «**Gendarmerie»** zusammen geführt bzw. reorganisiert. Erstaunlich, dass die Nato-Träumer nicht den Begriff «Military Police» gewählt haben…

Selbstverständlich ist das betriebswirtschaftlich angezeigt und alle Aktivitäten sind nun unter einem Kommando. So wie das üblich ***wäre***. Aber bei der damaligen Gründung und Organisation hatten eben personelle und politische Gründe den Vorrang… Jetzt fragen wir uns doch noch, warum denn die neue Bezeichnung «Gendarmerie» ist! Die Amtsstuben begründen die neue (bzw. uralte) Bezeichnung mit dem Wiederaufleben eines historischen Begriffes. In früheren Zeiten wurde die «Polizei der Armee» schlicht als «Gendarmerie» bezeichnet. In allen drei Landessprachen. Aber die historische Begründung des Bundesrates haut nicht ganz hin: sollte die Bezeichnung aus dem französischen Raum stammen, dann hätte man ebenso den Begriff «*Maréchaussée» verwenden können…* Oder wird es jetzt gar «österreichisch», schliesslich waren wir den Habsburgern untertänig… Lassen wir es, die Deutschschweizer verstehen ohnehin nicht, dass «jetzt die GA – die Gendarmerie d'Armée» aufkreuzt. Und der Karosseriemaler hat einen fetten Auftrag für alle Fahrzeuge in Aussicht…

Und wieder wurden wir von den Ami's ausgenommen

Oder erpresst oder über den Tisch gezogen oder beides! **Sandoz** hat sich mit 43 US-Bundesstaaten und Territorien im langjährigen Generika-Kartellverfahren geeinigt und **zahlt rund 480 Millionen** Dollar, verteilt über sieben Jahre ab 2027 – ohne Schuldeingeständnis.

Die **UBS muss in den USA 125 Millionen Dollar** wegen (angeblichen) Mängeln bei der Geldwäscherei-Bekämpfung bezahlen und wird dort explizit als Wiederholungstäterin bezeichnet. Swissquote kann ja dort investieren…

CH/UNO. Warum tritt die CH nicht aus???

Ausgerechnet dem Weltklimarat IPCC, dessen Berichte seit Jahrzehnten als angeblich wissenschaftliche Grundlage für immer neue Klimavorschriften, CO_2-Abgaben und milliardenschwere Transformationsprogramme dienen, geht das Geld aus. Nachdem die Hauptgeldgeber ausgestiegen sind, droht der verschwenderischen Organisation die Pleite. Die Klimaheiligen tagten im Luftkurort Addis Abeba in Äthipien und gingen im Streit auseinander. Die Mitgliedstaaten brachten es nicht einmal fertig, einen verbindlichen Zeitplan für den siebten Sachstandsbericht und den Haushalt für 2027 zu verabschieden. Besonders Saudi-Arabien, Indien, Russland und China stellen sich gegen den von europäischen Staaten geforderten Zeitplan. Der nächste große Klimabericht könnte damit erst **nach** der für 2028 vorgesehenen Überprüfung des Pariser Klimaabkommens erscheinen. Man soll nie schadenfreudig sein…

CH. Was läuft im Grischun? Bei den Bündner Steinböcken in Sachen Adam Quadroni?

Im Land der Beton-Omerta herrscht feiges Schweigen der Regierung, «Schwamm drüber» und schlicht Verweigerung der Aufarbeitung und damit der Gerechtigkeit. Wir veröffentlichen hier einen Leserbrief aus der Südostschweiz:

Adam Quadroni verlassen die Kräfte. Und noch immer wartet jener Mann auf angemessene Wiedergutmachung, dessen Mut die Aufarbeitung des Bündner Baukartells entscheidend ins Rollen brachte. Die Wirkung seines Handelns reicht längst über das Unterengadin hinaus. Quadroni's Hinweise führten direkt oder indirekt zu verschiedenen WEKO-Verfahren und veranlassten den Kanton, seine Vergabe- und Kontrollmechanismen zu verbessern. Die Bündner Regierung bestätigt selbst: Die danach angepassten Vergabeprozesse und ein standardisiertes Prüfprogramm ermöglichten es, wettbewerbliche Auffälligkeiten im Misox zu erkennen. Der Kanton erstattete Anzeige – die WEKO eröffnete 2020 die **bis heute laufende Untersuchung «Moesa»**. Die Wirkungskette ist bemerkenswert: Quadroni's Mut veränderte ein System – und dieses System schlug Jahre später im Misox erneut Alarm. Der damalige **Regierungsrat Mario Cavigelli sprach Quadroni 2021 im Namen des Kantons Respekt, Anerkennung und Dank aus.** Das war richtig. Doch Dankesworte allein genügen nicht. Wer für die Allgemeinheit derart hohe persönliche, wirtschaftliche und familiäre Belastungen

getragen hat, verdient mehr als staatliche Anerkennung. Adam Quadroni braucht endlich eine angemessene materielle Wiedergutmachung. Nicht irgendwann – sondern jetzt, solange er sie noch als Zeichen gelebter Gerechtigkeit erfahren kann. Richard Fischer, Scuol







CH. Und jetzt noch ein Spendenaufruf!

Spendet Eidgenossen, spendet! Die Ukri's können es sich leisten, aus dem Kriegsgebiet zum Töff-Treffen hierher zu fahren und in den teuersten Hotels abzusteigen… Es ist genug Kohle da. Aber nur für die UA-Biker, nicht für die CH-Rentner!

Spendet Eidgenossen, spendet weiter!

D. Auch Frau Reiche ist überaus korrupt

Wir berichteten über die Unfähige. Aber Bakschisch schieben, das geht bestens. Kurz nach ihrem Amtsantritt hat sie sich mit der Energielobby getroffen. Mit Sicherheit nicht zum Auslesen der Tulpen für ihren Park. Um Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) im Keim zu ersticken, drohte das Ministerium sogar mit **illegalen Gebühren von bis zu 4.000 Euro**. Also irgendwelche Gebühren, die es gar nicht gibt. Ein offenkundig rechtswidriger Vorgang, von dem das Ministerium erst abrückte, als *abgeordnetenwatch* die Beauftragte für Informationsfreiheit einschaltete und erwog, vor Gericht zu ziehen.

Und im Falle des exklusiven Lobbytreffens im New Yorker Luxushotel, hielt das Wirtschaftsministerium die von *abgeordnetenwatch* geforderten **Lobbyunterlagen monatelang unter Verschluss** und sagte zu einem weiteren Lobbytreffen der Ministerin lange Zeit die Unwahrheit. Nun ist einige bekannt geworden. Etwa dass die Ministerin nach ihrem Amtsantritt gleich mehrere **Termine mit den Ex-Strombaronen aus der Energiewirtschaft** hatte. Während die Ministerin einen regen Austausch pflegt, haben es Naturschutz- und Umweltverbände seit jeher schwer, einen Gesprächstermin mit der Ministerin zu bekommen.
Öffentlich bekannt sind diese Lobbytermine mittlerweile übrigens nur, weil Journalisten von *abgeordnetenwatch* hartnäckig nachgeforscht haben Es ist «verständlich», dass die Dame so manches «Gespräch» dringend braucht, da sie ja von der Materie keine Ahnung hat. Aber ex-Bundesminister KTG (und Gschpusi) – Karl Theodor zu Guttenberg – kann ihr sicher Ratschläge geben. Auch im Vertuschen und Belügen.

CH. So macht man vor der Abstimmung Angst und Panik.

Der off. Wortlaut des BR: «Die Schweiz profitiert in *wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht erheblich von den Schengen-/Dublin-Abkommen mit der EU.»* Zu diesem Schluss kommt der Bundesrat in einem Bericht, den er im September verabschiedet hat. Ein Wegfall der Assoziierung könnte das Schweizer Bruttoinlandprodukt im Jahr 2035 um bis zu 3,9 Prozent reduzieren. Der jährliche Einkommensverlust könnte sich auf bis zu 1300.- Franken pro Kopf belaufen. Gegenfrage: was funktioniert denn beim Schengen/Dublin-Abkommen? Oder wo ist denn die Berechnung bzw. Beweis? **Die Bürger werden w**ieder einmal brandschwarz **angelogen. Welcher Statist in Bern auf Fr. 1300.- kommt und weshalb, steht in den Sternen von Brüssel.**

D. Kriegskanzler lügt die ganze Nation an

An der Berliner IHK war wieder einmal ein «gscheites» Treffen der «Elite». Am 3. November gab Kriegskanzler Merz seine Durchhalteparolen zum Besten und kündigte den «Überraschungsgast des Tages» an. Er war (oh, wie überraschend) auf der Durchreise seiner Betteltour. Natürlich war er bei Kriegsfridel erfolgreich. Dieser sicherte ihm eine **Spende zu in der Höhe von € 200 Mio. Deklariert als «Winterhilfe»!** Merz will den Antrag zur Geldverschleuderung sofort in den Bundestag einbringen. Tabak-, Salz- und Zuckersteuer sind schon in Kraft, jetzt kommt noch die Gigabite-Steuer! Für die Geldverschleuderung finden die Kriegsschergen immer wieder ei9ne Quelle. Selbstverständlich muss das Geld auch vorhanden sein für die massiven Sicherheitsvorkehrungen der Polizei rund um das Regierungsviertel. Schliesslich mussten diesmal die Polizeikräfte von weit her geholt werden, da ja Teile in Polen aufgekreuzt sind… Das hat die Bundespolizei selbst zugegeben und schweigt zu den Gründen. Ein Satz des Kriegsherrn lässt aufhorchen: **«Deutschland kann die Lasten des Krieges nicht allein tragen.»** Im Klartext: ganz Europa soll sich am Irrsinn beteiligen und wird damit in den Krieg gezogen.
Und per Zufall sind am 3.11. um 2000 Uhr die ersten Meldungen eingetroffen, die besagen, dass Polen in der Nacht auf den 4.11. den Kriegszustand ausrufen will. Weil die Regierung offensichtlich einen Volksaufstand befürchtet. Aber das kann die Tusk-Regierung natürlich nicht zugeben und schiebt irgendwelche Lügen vor. Wie üblich: der Russe soll aus Kaliningrad heraus den Krieg beginnen. Absurd.

Tis Hagmann, Schreib-, Hand- und Mundwerker,
Informations- und Nachrichtenbüro Ha5040 - Der nächste Wochenbericht: KW 46